

Resolution des 27. Österreichischen

Gemeindetages

I.

Betr.: FINANZÄUSGLEICH

1. Der Bundesvorstand des Österreichischen Gemeindebundes hat sich sehr eingehend mit der Frage der Paktierung des Finanzausgleiches ab dem Jahr 1979 befaßt und ist dabei zur Überzeugung gelangt, daß ein Großteil der Forderungen des Österreichischen Gemeindebundes zur Neuregelung des Finanzausgleiches nicht berücksichtigt wurde.

Dem Bundesvorstand war es nur mit großem Widerstreben möglich, dem seinerzeitigen Verhandlungsergebnis zuzustimmen.

Vor allem die kleinen und die finanzschwachen Gemeinden haben sich eine Verbesserung ihrer finanziellen Situation, besonders durch die Änderung der abgestuften Bevölkerungsschlüssels, erwartet.

Der in den Gemeinden bestehende Unmut ist nach wie vor geblieben. Die anstehenden offenen Fragen im Finanzausgleich bedürften einer Lösung.

DER ÖSTERREICHISCHE GEMEINDEBUND ERWARTET IM SINNE DES RESÜMEEPROTOKOLLES ÜBER DIE PAKTIERUNG DES FINANZÄUSGLEICHES (PUNKT 2) VOM HERRN BUNDESMINISTER